



öffentlich

Betreff:
Elektromobilität

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 22.11.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

07.12.2016 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Fuhrpark der LH P bis 2020 auf Elektromobilität umgestellt wird. Dazu ist bei jeder Neuanschaffung zwingend ein E-Mobil anzuschaffen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist mindestens einmal jährlich über den Umsetzungsstand zu informieren.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung.

Als eine von fünf bundesweit geförderten Modelregionen zur Elektromobilität, besteht in der LH P zu diesem Thema erheblicher Handlungsbedarf. Hierbei setzen die Förderprogramme der Bundesregierung weiterhin wichtige Impulse, um technologische Entwicklungen in den Bereichen Antriebstechnologie, IKT und Energie voranzutreiben und in Demonstrationsvorhaben deren Anwendung und Marktvorbereitung zu unterstützen. Die Energiewende und die fortschreitende Verknappung fossiler Ressourcen stellen weitere wichtige Treiber für die Entwicklung nachhaltiger Antriebs- und Mobilitätskonzepte dar. Bündnis 90/DieGrünen setzen sich dafür ein, dass bis 2020 ein Großteil der kommunalen Flotte durch Elektrofahrzeuge ersetzt wird. Damit kommt der verkehrlichen Integration von Elektrofahrzeugen im Flottenmanagement, als auch ein massiver Ausbau öffentlicher Ladeinfrastruktur eine besondere Bedeutung zu.

Das europäische Ziel einer elektromobilen Stadt bis zum Jahr 2050 ist anspruchsvoll und ambitioniert. Es gilt, die verschiedenen Handlungsfelder Nutzer, Verkehr, Informations- und Kommunikationstechnologie, Energie und Stadtraum, begleitet durch wirkungsvolle Steuerungsinstrumente, aufeinander abzustimmen und deutlich enger zu verzahnen.



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
16/SVV/0795

öffentlich

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Elektromobilität

Erstellungsdatum 21.11.2016

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
11.01.2017	FA		X
18.01.2017	HA		X
25.01.2017	Stadtverordnetenversammlung		X

Neue Fassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die notwendige Ladesäuleninfrastruktur für Elektromobilität städtischer Fahrzeuge zu schaffen. Des Weiteren ist dafür Sorge zu tragen, dass soweit technisch möglich, bis 2020 der städtische Fuhrpark schrittweise auf Elektromobilität umgestellt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung ist mindestens einmal jährlich über den Umsetzungsstand zu informieren.

Begründung.

Als eine von fünf bundesweit geförderten Modelregionen zur Elektromobilität, besteht in der LH P zu diesem Thema erheblicher Handlungsbedarf. Hierbei setzen die Förderprogramme der Bundesregierung weiterhin wichtige Impulse, um technologische Entwicklungen in den Bereichen Antriebs-technologie, IKT und Energie voranzutreiben und in Demonstrationsvorhaben deren Anwendung und Marktvorbereitung zu unterstützen. Die Energiewende und die fortschreitende Verknappung fossiler Ressourcen stellen weitere wichtige Treiber für die Entwicklung nachhaltiger Antriebs- und Mobilitätskonzepte dar. Bündnis 90/DieGrünen setzen sich dafür ein, dass bis 2020 ein Großteil der kommunalen Flotte durch Elektrofahrzeuge ersetzt wird. Damit kommt der verkehrlichen Integration von Elektrofahrzeugen im Flottenmanagement, als auch ein massiver Ausbau öffentlicher Ladeinfrastruktur eine besondere Bedeutung zu.

Das europäische Ziel einer elektromobilen Stadt bis zum Jahr 2050 ist anspruchsvoll und ambitioniert. Es gilt, die verschiedenen Handlungsfelder Nutzer, Verkehr, Informations- und Kommunikationstechnologie, Energie und Stadtraum, begleitet durch wirkungsvolle Steuerungsinstrumente, aufeinander abzustimmen und deutlich enger zu verzahnen.

Unterschrift